

Krankenkassen: Regierung spart nicht genug bei Ärzten und Kliniken

Berlin (dapd). Der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung hat der Bundesregierung vorgeworfen, nicht entschlossen genug zu sparen und den Bürgern somit unnötig Geld aus der Tasche zu ziehen. "Die Gesundheitsreform sieht vor, dass der Krankenkassenbeitrag für 50 Millionen Kassenmitglieder und deren Arbeitgeber erhöht wird, damit die Einnahmen der Ärzte, Zahnärzte und Krankenhäuser weiter kräftig steigen können", erklärte Verbandschefin Doris Pfeiffer am Mittwoch der Nachrichtenagentur dapd. "Durch ein engagierteres Sparprogramm hätte man das Ziel der finanziellen Stabilität auch ohne einen solchen

Beitragsaufschlag erreichen können", fügte sie an. "Das wäre der bessere Weg gewesen."

Pfeiffer beklagte, dass die Kliniken rund 1,5 Milliarden Euro zusätzlich bekommen sollten, obwohl etwa jedes fünfte Krankenhausbett leer stehe. Hier müssten verkrustete Strukturen aufgebrochen und "Effizienzreserven" mobilisiert werden. Außerdem werde den niedergelassenen Ärzten "schon wieder eine Honorarsteigerung" finanziert, obwohl sie schon heute nach Abzug aller Praxiskosten ein durchschnittliches Brutto-Einkommen von rund 164.000 Euro hätten.

Darüber hinaus kritisierte Pfeiffer Pläne

der Regierung, Gutverdienern den Wechsel in die private Krankenversicherung zu erleichtern. Das koste die gesetzlichen Kassen 400 Millionen Euro pro Jahr. "Durch diese Gesetzesänderung steigt der Druck auf die Krankenkassen, Zusatzbeiträge nehmen zu müssen", betonte Pfeiffer.

Der GKV-Spitzenverband ist der Dachverband der rund 160 deutschen Krankenkassen.

dapd/tt/bv

Uhrzeit: 10:32